

Éducation / Formation / Jeunesse - Justice / Droits de l'homme / Législation

„Juristisch und menschlich inakzeptabel“

Druckausübung auf Eltern von Kindern mit spezifischen Bedürfnissen:
ORK und Menschenrechtskommission schlagen Alarm

LUXEMBOURG Das „Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand“ (ORK) und die beratende Menschenrechtskommission CCDH prangern in einer gemeinsamen Mitteilung die Druckausübung auf Eltern an, damit diese ihre Kinder mit spezifischen Bedürfnissen in Sonderschulen geben. In seinem Fall, der ihnen zugetragen worden sei, sei den Eltern sogar angedroht worden, den Jugendrichter einzuschalten, berichten die Organisationen. ORK und CCDH weisen darauf hin, dass ein Einschalten des Jugendrichters „nur gerechtfertigt ist in Fällen, in denen die physische oder psychische Integrität eines Kindes in Gefahr ist“. „Dies muss eine Maßnahme des letzten Auswegs bleiben“, betonen sie. In allen anderen Fällen sei das Einschalten der Justiz „aus juristischer und menschlicher Sicht inakzeptabel“. ORK und CCDH erinnern daran, dass Luxemburg die UN-Behin-

derntenrechtskonvention unterzeichnet hat, demnach Kinder mit spezifischen Bedürfnissen nicht aus dem allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden dürfen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten Lehrer sensibilisiert und weitergebildet sowie sichergestellt sein, dass die Schulen über genug Mitarbeiter verfügen. Darüber hinaus müssten Lehrer von einem Teil ihrer heutigen administrativen Aufgaben befreit werden. Das „Ombuds-Comité“ und die Menschenrechtskommission, die den jüngst eingeführten Schulmediator begrüßen, appellieren in der anderthalbseitigen Mitteilung an das Ministerium und alle betroffenen Akteure, „den Drohungen ein Ende zu setzen“, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit das Recht auf eine inklusive Bildung gewährleistet ist sowie die Bedingungen für einen „konstruktiven Dialog“ zwischen Eltern und den Schulbehörden zu schaffen. CB

Lëtzebuurger Journal du 19.10.2018 / page 11

Éducation / Formation / Jeunesse - Justice / Droits de l'homme / Législation

Des parents mis sous pression et menacés

LUXEMBOURG La Commission consultative des droits de l'homme (CCDH) et l'Ombuds Comité fir d'Rechter vum Kand (ORK) assurent avoir connaissance de cas de pression exercés sur des parents d'enfants à besoins spécifiques. En cause, la communication difficile entre des professionnels scolaires et des parents concernant le changement d'enseignement des enfants qui se solderait par des menaces de signa-

lement auprès du juge de la jeunesse. La CCDH et l'ORK insistent sur le fait que ce sont les parents qui ont le dernier mot et qu'un signalement se justifie uniquement lorsqu'il s'agit d'une urgence. Interrogé sur ces accusations, le ministère de l'Éducation nationale a assuré jeudi ne pas avoir connaissance de tels cas.

L'essentiel du 19.10.2018 / page 6